

22.12.2023

Bayerischer Sonderfonds für Infrastrukturmaßnahmen

Ein Urteil mit weitreichenden Folgen: Die im Coronajahr 2021 nicht verwendeten und von der Bundesregierung eingeplanten 60 Milliarden Euro dürfen nicht für dringend benötigte Zukunftsinvestitionen im Rahmen des „Klima- und Transformationsfonds“ (KTF) genutzt werden. Das hat das Bundesverfassungsgericht Mitte November entschieden. Dieses Urteil wird auch Auswirkungen auf den bayerischen Haushalt haben. Damit zukunftsweisende Vorhaben trotzdem finanziert werden können, schlägt der DGB Bayern einen Sonderfonds für Infrastrukturmaßnahmen vor.

Der DGB Bayern und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern: Das Sondervermögen dürfte ausschließlich für große öffentliche Investitionen in die Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge verwendet werden. Dazu gehören konkret etwa der Ausbau von Netzinfrastruktur für Wasserstoff und Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität, der Ausbau der Energienetze und Reservekraftwerke oder auch Investitionen in die Bildungsinfrastruktur. Auch Maßnahmen zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen beinhaltet sein. Es gehe dabei nicht um die Sanierung von bestehenden Autobahnen, sondern um eine Mobilitätswende für Stadt und Land mit einem bezahlbaren und gut ausgebauten ÖPNV. Auch dem sich verschärfenden Personalengpass im öffentlichen Dienst muss begegnet werden.

Der DGB-Bezirk Bayern sieht die Schuldenbremse kritisch. Als ersten Schritt sollte daher die Schuldenbremse reformiert werden. Dafür ist eine Grundgesetzänderung nötig, bei der auch die Opposition auf Bundesebene in der Pflicht steht. Jetzt nicht getätigte Investitionen bedeuten die Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und enorme Zusatzkosten für künftige Generationen. Ein Deutschland ohne eine Infrastruktur des 21. Jahrhunderts bedroht Beschäftigung und politische wie finanzielle Handlungsspielräume der Zukunft. Die CSU muss zum Wohle des Landes ihre ideologische Haltung überdenken. In Kreisen der CDU (Berlin, Sachsen, Nordrhein-Westfalen) wird bereits offen über eine Reform diskutiert.